



„Die Diskrepanz beim Gehalt ist akut. Wir müssen handeln, um den Super-GAU abzuwenden. Es geht nicht nur um Abwanderung von Heimen zur Sanität. Pfleger sind überall Mangelware.“

Martina Ladurner, Verband der Seniorenwohnheime

Super-GAU um 5 vor 12 verhindern

LAND: 50 Mio. Euro für Vertrag der Pflegenden in Seniorenheimen und im Sozialen – Sanität zahlt mehr – Ladurner: Kämpfen gegen Abwanderung

BOZEN (bv). Sie zählen zu den Helden der Pandemie, verdienen aber weniger als ihre Kollegen im Sanitätsbetrieb. Jetzt stellt das Land 50 Mio. Euro für den Tarifvertrag der 5000 pflegenden Mitarbeiter in Seniorenheimen und im Sozialen bereit. „Wir müssen schnell sein, um den Super-GAU abzuwenden“, sagt Martina Ladurner vom Verband der Seniorenheime. Man kämpfe täglich gegen Abwanderung von Personal, das ganz Europa will.

In die bereits laufenden Verhandlungen des neuen Vertrags platze gestern die Nachricht der 50 Mio. Euro. „Gut, denn bisher haben wir ohne Zahlen geredet“, sagt Hans Rungg vom ASGB. Verteilt sind die Mittel auf 3 Jahre: 20 Mio. Euro sind für das laufende Jahr reserviert, jeweils 15 für 2023 und 2024. Die Landesregierung hatte im Herbst zugesagt, Gelder bei der ersten Haushaltsänderung im neuen Jahr locker zu machen. „Dieses Versprechen lösen wir jetzt ein, denn wir brauchen attraktive Arbeitsplätze in diesem für die Gesellschaft so wich-



Weniger Geld für die Pflegenden im Spital als für jene im Altersheim: Die-
se Gehaltslücke soll geschlossen werden. Shutterstock/shutterstock

tigen Bereich“, so der Landeshauptmann.

Der neue Teilvertrag betrifft laut Landesrätin Waltraud Deeg 5000 Angestellte. Etwa 2 Drittel

davon dürften in den öffentlichen Seniorenheimen von Gemeinden und Bezirksgemeinschaften arbeiten. Betroffen sind aber auch Berufsbilder im Sozial-

bereich wie Behinderten- und Sozialbetreuer. „Seit 10 Jahren fordern wir Lohngerechtigkeit in diesen Bereichen. Jetzt braucht es eine spürbare Verbesserung“, sagt Marta von Wohlgemuth vom Landesverband der Sozialberufe. Dabei gehe es vor allem um eine Angleichung an die Gesundheitsberufe.

„Stimmt“, sagt Martina Ladurner, Präsidentin des Verbandes der Seniorenheime. Der Sanitätsbetrieb schließe eigene Bereichsabkommen ab. Zuletzt 2021. „Seither klappt die Schere noch weiter auseinander“, so Ladurner. Es gehe aber nicht nur um das Grundgehalt. In den Seniorenheimen gebe es Lohnelemente, die im Sanitätsbetrieb gang und gebe sind, nicht. Beispiel sei die sog. Mehrstunden-Regelung („plus orario“), bei der Pfleger 2 bis 4 Mehrstunden die Woche leisten. „Und am Monatsende 300 bis 400 Euro in der Lohntüte haben“, berichtet Ladurner. Es stimme zwar, dass Einsteiger am Start im Seniorenheim mehr verdienen. „Aber dann bleiben sie stehen“, so Ladurner.

Deshalb habe die Verbandsspitze schon vor Monaten Druck beim Landeshauptmann gemacht. „Die Diskrepanz ist wirk-

lich akut. Wir müssen rasch handeln, wenn es nicht zum Super-GAU kommen soll. Dabei rede ich nicht allein von Abwanderung in die Sanität. Pfleger sind in der Schweiz und überhaupt in ganz Europa Mangelware.“

„Wir müssen die Gehaltslücke schließen. Wo es ein Gefälle gibt, gibt es auch Abwanderung“, sagt Landesrätin Deeg. Für den Tarifvertrag des nicht-ärztlichen Personals im Sanitätsbetrieb stünden in den nächsten 3 Jahren 30 Mio. Euro bereit. „Aber eben nicht 50, denn in Seniorenheimen und Sozialberufen gibt es Aufholbedarf“, betont Deeg. Die 50 Mio. Euro werden im März vom Landtag freigegeben.

Jetzt, wo das Geld da ist, bleibt nur mehr die Frage, wie lange die Verhandlungen dauern. Vorarbeiten wurden bereits geleistet. „Wir sind mitten in der Diskussion“, sagt Hans Rungg (ASGB). Derzeit allerdings fordern die Gewerkschaften eine deutlich größere Erhöhung, als die öffentlichen Arbeitgeber (Altenheime, Gemeinden, Bezirksgemeinschaften) geboten haben.

© Alle Rechte vorbehalten